

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesau, Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptstaatsamts Meißen, sowie des Grundbesitzers.

Verlag: Rudolf Traubner 1300  
Riesau, Nr. 22.

Nr. 183.

Mittwoch, 8. August 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 15. August 24000.— Mark einschlt. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 8000.— Mark; zeitweiser und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 2000.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesau. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Gortzelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: I. W. Ferdinand Reichgraber, Riesau; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesau.

## Verfassungsfeste!

Zur Feier der Wiederkehr des Verfassungstages veranstaltet der Rat der Stadt Riesau am Sonntag, den 11. August 1923, abends 8 Uhr im hiesigen Stadtpark — bei ungünstiger Witterung im Saale des Gasthofs zum Stern — ein öffentliches Konzert.

Wir laden hierzu die Einwohner der Stadt Riesau, insbesondere auch die hiesigen Behörden und ihre Angestellten, die Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Innungen, Beamten- und Angestelltenorganisationen ergebenst ein. Eine besondere schriftliche Einladung erfolgt nicht.

Der Rat der Stadt Riesau, am 8. August 1923.

Rc.

## Zus Bodenlose.

Noch niemals ist der deutsche Reichstag in diesen letzten Jahren wachsenden Unheils unter auch nur annähernd gleich schwierigen Verhältnissen zusammengetreten wie es augenblicklich der Fall ist. Wenn auch die staatliche Ordnung und die bürgerliche Ruhe noch einigermaßen gewahrt bleiben, so herrscht doch auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens schrankenlose Anarchie. Selbst mit den Druckmaschinen vermag man nicht mehr mit der ins Bodenlose gleitenden Geldentwertung Schritt zu halten, trotzdem die Riesen auf den Papiermärkten, auf die heute der Durchschnittsdeutsche angewiesen ist, fast mit jedem Tage erhöht werden. Nicht mehr täglich, sondern stündlich stellen sich die Preise als überholt heraus. Die Folge ist natürlich, daß die Besitzer von Waren, das heißt Wertlosen, immer weniger Neigung zeigen, mit den Besitzern von Geldscheinen, das heißt in zunehmendem Maße Wertlosigkeiten, in Kaufverträge zu treten. In der geschäftlich unerquicklichsten Lage befindet sich der Kleinhandel. Das Publikum entzieht ihm seine Waren und beschuldigt ihn des Wuchers. Auf der anderen Seite denkt der Großhandel gar nicht daran, die entstandenen Lücken in den Warenbeständen wieder aufzufüllen. Wünschenswert ist es, wenn die Nationen, die außerdem noch mit Preisen bezahlt werden müssen, die den Verkaufserlös bei den vorangegangenen Sendungen weit übersteifen. Dabei ist es schwer, dem Großhandel, der auch kaufmännisch rechnen muß, um bestehen zu können, einen moralischen Vorwurf aus seiner Handlungsweise zu machen. Am schlimmsten sieht es auf dem Futtermarkte aus, weil hier unmittelbar mit Devisen im Zug bezahlt werden muß. Die auf Lohn- und Gehaltsempfang angewiesene große Masse der Verbraucherschaft, in erster Linie die Hausfrauenschaft, die unmittelbar mit der Berufsarbeit der Hausgüterversorgung betraut ist, muß geradezu in einen Zustand der Verzweiflung geraten. Nicht innere politische Kampfrichtungen, keine Parteistellung, mag sie noch so hemmungslos arbeiten, untermühlt die Grundlagen der äußerlich noch bestehenden staatlichen Ordnung auch nur annähernd im gleichen Maße, wie es die Entwicklung der Verhältnisse bedingt.

Wenn die Volkswirtschaft zusammenbricht, so erwartet das deutsche Volk von ihr, daß sie in dieser äußersten Daseinsnot sozial Selbstschutz ausbringt, nicht anzulagen, mit der Beseitigung nach Gegenpartei oder Weltanschauungen, sondern im gedächtnisvollen Sinne Arbeit zu leisten. Die Zeit der Weichbildung von Parteien und Berufsrichtungen muß vorüber sein. Wogen Vorwürfe nach Ansicht derer, die sie aussprechen wollen, noch berechtigt sein, sobald sie rückwärts gemeldet sind, bedeuten sie ein Verbrechen. Es gibt nur, nach innen gesehen, eine Aufgabe: die Schaffung eines beherrschenden Wertmaßstabes in dem Wirbel des Papiersturmes und der Warenflucht. Ob der Weg zu diesem Wertmaßstab über Silberbildung oder Geldreform führt, muß gleichgültig sein, wenn nur wieder fester Boden gewonnen wird.

Die Aufgabe der regierenden Gewalten nach außen hin ist noch eindringlicher. Es ist ein Schauspiel, das uns Deutschen das Blut der Empörung in die Wangen treibt, wenn wir Tag um Tag lesen, welche „Schritte“ England vielleicht tun will, wie Noten geschrieben und mehr oder weniger kluge Ansichten ausgetauscht werden, während ein sechs Millionen-Volk buchstäblich im Chaos verstrickt ist. Ist es nicht ein Hohn, wenn man immer noch berät, welche Vorkaufen man auf die Schultern eines Volkes laden will, das verarmt, blutend, innerlich ausgezehrt sich am Boden windet und kaum mehr freuen kann.

Wir erleben das grauenvolle Schauspiel, wie ein Staatswesen sich auflöst, dem man jahrelang wirtschaftlich, politisch, moralisch Vernunftwidriges zugemutet hat, wie erleben diese Auflösung als einen notwendigen aus der Natur der Dinge sich entwickelnden Vorgang. Mit der Herabsetzung unseres Wirtschaftslebens, dem die Herabsetzung des Staatswesens folgen muß, erleben wir aber auch die Selbstzerstörung jenes Schandvertrages, der die Ursache dieser Entwicklung gewesen ist. Durch die Kraft der Ereignisse wird mit tödlicher Sicherheit geritten, was Regierungen zu jenen sich gefehlt haben, die schriftliche Niederlegung der Vernichtung eines Volkes in der Form eines Rechtsvertrages. Um dem Chaos zu entgehen, haben Vertreter des deutschen Volkes in Verblendung und Selbsttäuschung Widerstand und Lage unterschrieben. Das rächende Chaos zieht als Folge ihrer Unterschrift heran. Die Welt hat nicht den Willen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. So bleibt uns denn vorläufig weiter nichts übrig, als denen, die den Willen der Beseitigung nicht Einhalt gebieten, den Willen zum Leben ohne Rücksicht auf papierne Abmachungen entgegenzusetzen. Englands Wühlen mahlen so langsam, daß wir keine Zeit zum Warten mehr haben. Nicht mit neuen Wortspielen an die Außenwelt kann uns im Augenblick geholfen werden. Wenn etwas überhaupt noch Einbruch macht, so würde es das Aussprechen dessen sein, was ist, das Aussprechen der Tatsache, daß wir nicht mehr ein Land sind, das in absehbarer Zeit irgendwas leisten kann oder will, sondern daß die Pflicht der Wiederherstellung des tatsächlichen Unrechtes von Versailles heute dort liegt, wo man immer noch mit heuchlerischem Außerachtlassen der Verbrechen herrschen will.

## Die Antwort Dr. Seigners an Reichsanwalt Cuno.

Auf das Antwortschreiben des Reichsanwalters Dr. Cuno an den Ministerpräsidenten Dr. Seigner hat dieser mit folgender Note geantwortet:

Die sächsische Regierung hatte bei Abendung ihrer Note vom 25. Juli 1923 geäußert, die Erwidrerung der Reichsregierung auf diese Note werde einen die Öffentlichkeit beruhigenden und der versöhnungsmäßigen Stellung des Reichsanwalters Sachsen entsprechenden Abschluß der Diskussion ermöglichen, welche die Reichsregierung — nicht die sächsische Regierung — durch ihre der Presse mitgeteilte Erklärung vom 18. Juli 1923 notwendig gemacht hat. Die sächsische Regierung war angesichts der Mitteilung dieser für die sächsische Bevölkerung wie für den sächsischen Staat bestemmlichen und verlegenden Verlautbarung durch die Presse gezwungen, ihre Stellungnahme ebenfalls der Presse mitzuteilen und wird sich — sofern die Reichsregierung die bisherige Form der Verlautbarung beibehält — sehr zu ihrem Bedauern gezwungen sehen, ihre Erklärungen auch weiterhin der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Die sächsische Regierung hatte in ihrer Note vom 27. Juli 1923 die Reichsregierung um Aufschub gebeten, was die Reichsregierung zu ihrer verlegenden Stellungnahme veranlaßt habe und ob der Sinn ihrer Verlautbarung sei, von Sachsen aus drohe die Gefahr eines Bürgerkrieges; für diesen Fall hätte sie um Mitteilung der Tatsachen gebeten, auf welche die Reichsregierung eine solche Annahme stütze. Die sächsische Regierung hatte in ihrer Verlautbarung vom 18. Juli 1923 zwar zu dieser Rückfrage die sächsische Regierung wollte damit der Reichsregierung auch erwidern, eine Erklärung abgeben, welche den berechtigten Empfindungen des sächsischen Volkes und der Stellung der sächsischen Staatsregierung Rechnung trug. Die sächsische Regierung bedauert nunmehr, feststellen zu müssen, daß die Reichsregierung offenbar den Sinn und den Zweck der sächsischen Rückfrage völlig verkannt hat, denn sonst wäre die Antwort der Reichsregierung vom 2. August 1923 nicht verhandlich. In ihr weist der Reichsanwalt darauf hin, die Reichsregierung habe ihre Verlautbarung vom 18. Juli 1923 für notwendig befunden, weil der sächsische Polizeikommissar Dr. Schüringer in einer privaten Veröffentlichung und unlängst der unterzeichnete Ministerpräsident auf die von anderer Seite drohenden Gefahren hingewiesen hat. In ihrem großen Bekunden muß die sächsische Regierung also feststellen, daß ein pflichtmäßiger Hinweis des unterzeichneten Ministerpräsidenten auf die von anderer Seite drohenden Gefahren von Herrn Reichsanwalt herangezogen wird, um die in der Verlautbarung vom 18. Juli 1923 erwähnte Notwendigkeit besonderer Aufmerksamkeit nicht gegenüber diesen Äußerungen, sondern gegenüber den wachsenden Freiheitskämpfern und Sachsen zu rechtfertigen.

Die sächsische Regierung muß diese Argumentation umsomehr bedauern, als dem Herrn Reichsanwalt nicht unbekannt sein kann, daß dieser pflichtmäßige Hinweis in jeder Beziehung sachlich begründet ist. Dem Herrn Reichsanwalt kann nicht unbekannt sein, daß der unterzeichnete Ministerpräsident — ebenso wie der Herr preussische Ministerpräsident und der Herr sächsische sächsische Staatsminister — sich vor einiger Zeit auf Grund beunruhigender Mitteilungen in die unangenehme Lage verwickelt haben, im Interesse einer ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse am 20. Mai 1923 mit dem Herrn Reichsanwalt und mehreren anderen Herren eine Aussprache herbeizuführen. Es kann dem Herrn Reichsanwalt nicht entgangen sein, daß der Versuch dieser Aussprache durch die Reichsregierung nicht zu einer Klärung geführt hat. Der unterzeichnete Ministerpräsident hat außerdem bei verschiedenen anderen Aussprachen, zuletzt Anfang Juli d. Js. immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen und darum gebeten, im Interesse der inneren Ruhe in der eindeutigen Weise einen Trennungspunkt gegenüber den bewaffneten rechtsradikalen Organisationen zu ziehen. Dem Herrn Reichsanwalt kann also nicht entgangen sein, daß es die sächsische wie die sächsische Regierung nicht an jener pflichtmäßigen und ernstlichen Aufmerksamkeit haben lassen, welche die Reichsregierung beunruhigend gerade Sachsen und Thüringen gegenüber für besonders notwendig gehalten hat. Die sächsische Regierung muß darauf hinweisen, daß sie ihrerseits fortgesetzt auf die Reichsregierung in wirtschaftspolitischen, ernährungsrechtlichen und sonstigen innerpolitischen Fragen eingewirkt hat, um eine Entspannung in unserer inneren Lage herbeizuführen. Sie muß aber auch betonen, daß sie bei der Reichsregierung in zahlreichen Fällen nicht auf die gleiche Auffassung gestoßen ist, und daß die Reichsregierung sich heute zu Maßnahmen gezwungen sieht, die sie vor Wochen noch kategorisch abgelehnt hat. Die sächsische Regierung glaubt, daß nicht durch Verlautbarungen, sondern durch Maßnahmen die unbedingt notwendige Entspannung herbeigeführt werden kann. Sofern die Reichsregierung aber von anderer Auffassung ausgehend, die sächsische Regierung in eine Lage bringt, welche es dieser nicht erlaubt zu schweigen, ist die sächsische Regierung bereit, nicht nur zahlreiche Dokumente im Wortlaut zu veröffentlichen, sondern auch vor der Öffentlichkeit darzulegen, daß ihrerseits alles getan worden ist, um durchgreifende Maßnahmen der Reichsregierung auf wirtschaftspolitischen, finanzpolitischen, ernährungsrechtlichen und anderen Gebieten herbeizuführen. Die sächsische Regierung glaubt eine Diskussion hierüber nicht fürchten zu müssen und sie wird ganz unerschrocken trotz der schwersten Bedenken, welche

einer solchen Auseinandersetzung im gegenwärtigen Augenblick entgegenstehen, einer Diskussion nicht ausweichen. — Nachdem aber der Versuch der Reichsregierung, die Abgabe einer Erklärung zu ermöglichen, welche den Empfindungen des sächsischen Volkes und des sächsischen Staates mehr entsprach, als die Verlautbarung vom 18. Juli 1923, durch die Erklärung des Herrn Reichsanwalters vom 2. August 1923 zum Scheitern gebracht worden ist, legt die sächsische Regierung auf das entschiedenste dagegen Verwahrung ein, daß die Reichsregierung in offizieller Verlautbarung den Freiheitskämpfern jeden Anlaß in der verlegenden Weise als Ausgangspunkt von Verbrechen kennzeichnet, die sich gegen den Bestand und den inneren Frieden des Reiches richten.

## Die Markkatastrophe.

Die Entwertung der deutschen Reichsmark macht im erschreckend schnellem Tempo weitere Fortschritte. Gestern morgen hat die Dollarnote im freien Verkehr auf Grund der letzten New Yorker Meldung mit etwa 2400000 Mark eingeleist, und gestern konnten sich die Kurse neuerdings mit ungeheurer Schnelligkeit weiter nach oben bewegen. Vorübergehend wurde sogar ein Preisstand von vier Millionen Mark erreicht, der sich gelegentlich der amtlichen Notiz wieder auf 3300000 Mark senkte. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ schreibt, ist nach dem Preisverfall das dem offenen Markt zuzuführende Material an Devisen sehr geringfügig, und da der Bedarf an Auslandsbanknoten eine ganze Zeit lang durch die Devisenordnung unterbunden war, versteht es sich von selbst, daß die Nachfrage aus Industrie und Handel besonders, und vornehmlich leitend der Warenbranche, nach fremden Banknoten eine überaus starke ist. Da von allen Seiten hohe Preise geboten werden, ist es somit begreiflich, daß die Kurse im freien Steigen begriffen sind, und hieraus folgt wiederum, daß man zu jedem Kurse sich einverstanden befreit ist. Ob die Teilnahme sämtlicher der Devisenmarktvereinigungen angehörender Banken und Firmen dieses Bild bald ändern wird, läßt sich kaum absehen. Bisher hat die Reichsbank die Hauptrolle für die Befriedigung der Nachfrage getragen, und sie wird wahrscheinlich genötigt sein, ebenso auch weiterhin aus ihren Mitteln die angeforderten Devisen beizubringen. Die Zuteilung leitend der Reichsbank war in den letzten Tagen, wie auch zugegeben wird, trotz der schwierigen Verhältnisse immerhin reichlicher, doch bleibt es fraglich, wie lange das deutsche Deviseninstitut es ermöglichen wird, die Lage auf dem Devisenmarkt einigermaßen aufrecht zu erhalten. Ebenso wie die Dollarnote heute sprunghaft in die Höhe gingen, verzeichnen auch die übrigen ausländischen Zahlungsmittel eine ungewöhnliche Preiserhöhung. Das englische Pfund wurde amtlich mit 15 Millionen Mark, der holländische Gulden mit 1300000 Mark amtlich notiert.

## Besprechungen beim Reichsanwalt.

Bei der Besprechung der Fraktionsführer mit dem Reichsanwalt erklärte der Führer des Zentrums noch einmal, daß sich die Zentrumsfraktion einstimmig den Ausführungen des Kanzlers anschließen werde, sobald man auf Grund der Besprechungen annehmen kann, daß es bei der Reichstagsitzung zu einer Regierungsreise nicht kommen wird. Im übrigen stimmten alle Parteien darin völlig überein, daß weitgehende wirtschaftliche und auch finanzielle Maßnahmen getroffen werden müssen, die der augenblicklichen katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Lage gerecht werden. Die Vorschläge der Parteien geben sogar noch über die der Reichsregierung hinaus. Volle Uebereinstimmung ergab sich darüber, daß die Goldanleihe des Reiches durch die von der Regierung bereits mitgeteilten Garantien und sofort fällig zu machenden Steuern auf eine feste wertbehaltende Basis gestellt werden müsse. Ebenso ergab sich Uebereinstimmung über die Notwendigkeit von Steuerleistungen selbst. Man kann also mit der Verabschiedung der wichtigsten Gesetzentwürfe durch den Reichstag im Laufe der nächsten Woche rechnen.

## Stützung der Mark.

Ein Berliner Spätabendsblatt brachte gestern abend die Meldung, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, die Papiermark endgültig preiszugeben. Auf Anfrage des „Voll. Btg.“ erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß die Reichsregierung in keiner Weise daran denke, die Papiermark preiszugeben. Sie sei im Gegenteil fest entschlossen, alles, was in ihren Kräften stehe, zur Stützung der Mark zu tun und denke nicht daran, die Maßnahmen zur Markstützung außer Kraft zu legen.

## 50 Millionen Goldmark in Devisen.

Industrie, Handel und Banken haben es übernommen, der Reichsbank gegen Dollarschampanfungen 50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen sind gestern bis auf einzelne Gruppen, deren Beteiligung in den nächsten Tagen abgeschlossen wird, zu Ende geführt worden. Damit ist die aufgelegte Dollarschampanleihe untergebracht. Die Devisen werden in der Hauptsache der Beschaffung von notwendigen Lebensmitteln dienen, insbesondere soll die Versorgung der Bevölkerung mit Fett sichergestellt werden.

Die Verabredung der der Stempelvereinerung angehörenden Berliner Banken und Bankiers, Devisen nicht im Voraus zu handeln, hat zunächst für Rentner ergolten. Sobald

eine völlige Klärung der Lage eingetreten ist, wird diese vorläufige Zurückhaltung aufhören und am Freitagsabend wieder teilgenommen werden, was vereinzelt bereits erfolgt ist.

**Der „Temps“ zur deutschen Goldanleihe.**

Wie aus Paris gemeldet wird, schreibt der „Temps“ zu der geplanten deutschen Goldanleihe: Selbstverständlich würde die beabsichtigte Kreditoperation das Reich bei der Verlängerung des Ruhrkrieges unterstützen, aber sie würde zur Verhinderung der deutschen und ausländischen Reichsrenten erforderlich machen. Sie müßte also durch Steuern gesichert werden, die von den in Deutschland vorhandenen Sachwerten in Gold zu erheben wären. Kann ein solch großzügiges Programm, das so sehr angetan ist, die finanzielle Zukunft Deutschlands in Mitleidenschaft zu ziehen, zur Ausführung gelangen, ohne daß die Reparationskommission ihre Zustimmung gegeben hat? Sollte man nicht in den Studien der Reparationskommission die Grundzüge zu einer neuen Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit, zu einer Erweiterung der Zahlungsmethoden und zur Erfindung der Zahlungsmittel finden? Ist das englische Kabinett bereit, in diesem Sinne die deutschen Verhandlungen wieder anzuknüpfen?

Nach diesen Überlegungen des „Temps“ hat es den Anschein, als ob von französischer Seite ein ähnlicher Schwachsinn gegen die neue deutsche wertbeständige Anleihe versucht werden soll, wie gegen die Dollaranleihe im März dieses Jahres. Die Rechtsabteilung der Reparationskommission hat sich indessen in ihrer Mehrheit damals den französischen Standpunkt nicht zu eigen gemacht, insbesondere kann aus dem Beschluß der Rechtsabteilung nicht gefolgert werden, daß die Zustimmung der Reparationskommission zur Ausgabe einer deutschen Anleihe erforderlich sei.

**Der italienische Standpunkt in der Reparationsfrage.**

Die italienische Antwort auf die englische Note enthält im allgemeinen die Auffassung, welche die italienische Regierung schon in der Londoner Konferenz dargelegt hat. Die italienische Regierung ist auch heute der Auffassung, daß das Problem der Reparationen und der interalliierten Schulden zu einander gehören und von einander nicht getrennt werden können, wenn eine Einigung unter den alliierten Mächten Erfolg haben soll. Die italienische Regierung ist überzeugt, daß die Erörterung dieser Frage unter den Verbündeten einen guten Erfolg hätte haben können und sie stellt ihre besonderen Vorschläge im Augenblick zurück und erklärt, daß sie der englischen Regierung nach bestem Wissen und Gewissen ihre Unterstützung geben wolle, damit durch eine Entspannung der europäischen Lage ein erträglicher wirtschaftlicher und politischer Zustand in Europa ermöglicht werden kann. Die italienische Regierung hält es aber für notwendig, daß Italien und England auf jeden Fall über einige Gesichtspunkte, in denen sie übereinstimmen, zu einer Verständigung kommen müssen. Die italienischen Gesichtspunkte brauchen nicht noch einmal erwähnt zu werden. In dem Hauptgesichtspunkte, betreffend die innigere Verknüpfung der Reparationsfrage mit den interalliierten Schulden und somit die Mitbestimmung Deutschlands an den Reparationspflichten der kleinen Staaten, sowie die Einsetzung einer Sachverständigenkommission, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen soll, teilt die italienische Regierung den Standpunkt der englischen. Sie wird jedenfalls ihr möglichstes tun, um die Arbeiten dieser Kommission zu erleichtern. Immerhin sagt sie aber, daß die Zuständigkeit dieser Kommission in einer Aussprache zwischen Italien und England festgesetzt werden soll. Was den passiven Widerstand anlangt, so beruft sich die italienische Regierung auf ihre wiederholten Erklärungen, wonach der Verzicht auf den passiven Widerstand an die Voraussetzung gebunden sein muß, daß die militärische Aktion im Ruhrgebiet aufhöre und daß das Ruhrgebiet allmählich geräumt wird, sobald in den mit der Reparation zusammenhängenden Fragen der Kontrolle und der Vacantien eine wünschenswerte Einigung erzielt wird.

**Das britische Kabinett**

wird bei seiner heutigen Zusammenkunft wahrscheinlich die Antwort erwägen, die an die französische Regierung, bezüglich der Ruhrfrage und der Frage der Reparationen, gelangt werden soll. Diese Antwort wird Frankreich möglicherweise am Mittwoch übermittelt werden. Es wird jetzt erklärt, daß die britischen Dokumente nicht vor der Veröffentlichung veröffentlicht werden sollen, und daß die Veröffentlichung sich vielleicht bis zur nächsten Woche hinziehen werde. Es verlautet, daß die japanische Antwort auf den britischen Antwortentwurf an Deutschland und auf die britische Mantelnote durch den japanischen Vorkonsul in London dem Foreign Office übermittelt worden ist. Die Antwort sei, daß die japanische Regierung mit Großbritannien in der Reparationsfrage im wesentlichen übereinstimme.

**Frankreich-belgische Besprechungen.**

Es wird bestätigt, daß demnächst eine Besprechung zwischen französischen und belgischen Ministern stattfinden werde, in der verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Besetzung des Ruhrgebietes geprüft werden sollen. Der Zeitpunkt für die Besprechung ist noch nicht bestimmt. In einem belgischen Kabinettsrat, der sich mit der Lage befaßte, glaubte man annehmen zu können, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet kurz vor seinem Ende steht. Poincaré empfängt heute nachmittag den englischen Delegierten beim Völkerbund, Sir Robert Cecil, sowie den schwedischen Delegierten Branting.

**Ein Graubuch über die interalliierten Verhandlungen.**

Der Brüsseler Berichterstatter des Temps berichtet, die belgische Regierung habe beschlossen, ein, die interalliierten Verhandlungen von der Vatikan-Konferenz im Januar 1923 bis Juli, einschließlich der letzten Tage, umfassendes Graubuch zu veröffentlichen. Die Frage, ob die sogenannten Studien der belgischen Regierung mit veröffentlicht werden sollen, werde noch erwogen. In Brüssel wurde erklärt, diese Veröffentlichung sei notwendig, um den aufrichtigen Wunsch zu einer Regelung der Reparationsfrage zu bezeugen.

**Ein offener Brief des Matin an Baldwin.**

Der „Matin“ richtet einen offenen Brief an den englischen Ministerpräsidenten Baldwin, in dem es u. a. heißt: Wir stehen in diesem Augenblick an einem Wendepunkt der französisch-englischen Politik. Der Edelmut und die Güte Frankreichs sind unbegrenzt. Wenn man uns einen Dienst erweist, so nehmen wir ihn mit tiefem Dank an, doch wie alle guten Wesen können wir an das Gute nur dann glauben, wenn uns zahlreiche Beispiele dazu zwingen. Denn, wenn man uns zum Narren gehabt hat, ist es von diesem Augenblick an sehr schwer, die französische Regierung von der Meinung abzubringen, daß man sie zum Narren gehalten hat. Wir müssen nun mächtig und entschlossen die Wunde ausbrennen, und zwischen der englischen und der französischen Regierung eine große Aussprache herbeiführen. 1. Können wir nicht vergessen, daß die englische Regierung sich auf unsere Seite geschlagen hat? 2. Stehen wir noch immer unter der Wirkung des Versailles-Vertrages, den Lloyd George und Clemenceau gegen die Interessen Frankreichs abgeschlossen haben. Lloyd George hat die deutsche Kriegsschiffe zerstört und den Deutschen sämtliche Handelswege genommen und auch sämtliche Kolonien, nachdem er in dieser Weise somit zuerst bedacht hat, daß Frankreich erst 25 Jahre nach dem Waffenstillstand auf diese Weise von Deutschland keine Bezahlung erhalten sollte. Lloyd George wollte in seinem

Geiste, daß Deutschland nach 25 Jahren nicht in der Lage war, an Frankreich zu bezahlen. Er wollte außerdem, daß er mit Beihilfe gewisser französischer Männer das Pfund Sterling auf 100 Francs bringen würde, um in Frankreich sämtliche Lebensmittel einzukaufen, an denen England bis zu seiner völligen Wiederherstellung gedarrt hatte. Frankreich verlor aber seinerzeit trotzdem, eine Einigung mit ihm herbeizuführen. Anstatt aber seinerzeit freimütig die Ereignisse zu bekennen, in die Lloyd George sein Land gestürzt hatte, bemühte er sich zu sagen: Ich wünsche Ihnen bei der Währungsregelung im Ruhrgebiet guten Erfolg! Ich schätze mich ihr aber nicht an! Baldwin kämpft mit den unüberwindlichsten Schwierigkeiten. Wir glauben indessen, daß, wenn ein Kreditrahmen am menschlichen Körper zum Ausbruch gekommen ist, er beseitigt werden muß. Die Engländer England noch lieben und ihm an die Hand gehen! Frankreich und England sind beide die unglücklichsten Opfer ihrer Diktatoren. Der Brief schließt mit der Aufforderung an England, daß, wer sich während des Krieges unter das Oberkommando des vortrefflichen Koch gestellt habe, sich auch heute dem Urteil und der Fähigkeit des herrlichen Poinecaré, der der Pilot des Friedens sei, hingeben könne.

**Der passive Widerstand der deutschen Hochöfen.**

Die Franzosen haben auf einigen Beiden erklärt, sie würden selbst die Hochöfen wieder in Gang bringen. Sie sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß es leicht zu Explosionen kommen könne. Sie entgegneten jedoch, sie würden sich dieserhalb mit der Ingenieurkommission in Verbindung setzen. Sie kamen jedoch schon kurze Zeit später zurück, um weitere Untersuchungen anzustellen.

**Ungehore Preise im Ruhrgebiet.**

Die Preisentwicklung im Ruhrgebiet wird immer bedrohlicher. Die Mehlpreise sind im Laufe der letzten Woche um 300% gestiegen. Von morgen ab kostet das Liter Mehl in Essen 50 000 Mark.

**Verbot des Versammlungsrechts durch die J. R. A.**

Wie die Interalliierte Rheinlandkommission mitteilt, ist am 11. August im besetzten Gebiet die Versammlung der Gebäude verboten.

**Freilassung deutscher Geiseln.**

Bekanntlich ließ die französische Regierung sowohl im Rheinland als im Ruhrgebiet eine große Anzahl Deutscher als Geiseln verhaften, um dadurch die Freilassung von Franzosen zu erreichen, gegen die in Deutschland ordentliche Gerichtsverfahren wegen gewöhnlicher Straftaten schweben. Die deutsche Regierung legte unermüdet gegen dieses völkerrechtswidrige Verfahren in Paris Verwahrung ein. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung führten nunmehr zur Freilassung der deutschen Geiseln. Wenn es auch trotz aller Bemühungen bisher nicht gelang, sämtliche in diesem Zusammenhang von den Franzosen festgehaltenen Geiseln namentlich zu ermitteln, erscheint doch die Annahme gerechtfertigt, daß nunmehr keine Deutschen mehr zur Vergeltung für die Verhaftung von Franzosen festgehalten werden, auch nicht für den in französischer Hand befindlichen Reichsangehörigen Schuldis. Deutscherseits geschieht alles, um das Verfahren gegen Schuldis und gegen die festgenommenen Franzosen zu beschleunigen.

**Belasteter Lebensmitteltransport.**

In Kanten waren von der belgischen Besatzungswache die Lebensmittel, die vom Roten Kreuz für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden waren, geraubt worden. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat dringend die unverzügliche Freigabe der Lebensmittel gefordert.

**Weiterer Wundenraub?**

Wie aus Essen berichtet wird, haben die Franzosen vorgestern nachmittag angeblich eine weitere Bombe in einer Fernstraße des Essener Volksgeländes gefunden, das ebenfalls seit Monaten von ihnen besetzt gehalten wird. Das Sprengpaket, das im Kohlenfundort gefunden wurde, soll von zwei Zivilpersonen in das Gebäude getragen worden sein, die nach dem Vorgeschehen in französischen Diensten standen.

**Verhaftungen und Geldraub.**

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus Neudlinghausen meldet, sind die Werkstätten der Werke Neudlinghausen, die am Freitag freigegeben worden waren, von den Franzosen wieder besetzt worden. Die Belegschaft aber und unter Tage ist sofort von neuem in den Streik getreten. Wie das Blatt weiter meldet, haben die Franzosen in Neudlinghausen mit der Verhaftung von Wohnungseigentümern für französische Eisenbahnern begonnen. In Datteln haben die Franzosen sechs Zimmer der Wohnung des Amtmanns, der sich augenblicklich mit seiner Frau im Bade befindet, beschlagnahmt. Sie sollen zu einem Kasino benutzt werden.

Als gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr die Boten der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit Lohngeldern unterwegs waren, wurden sie, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Mannheim meldet, auf der Rheinbrücke von den Franzosen festgehalten und ihnen das Geld in Höhe von drei Millionen geraubt.

**Ein sonderbarer Vorschlag.**

Das französische Regierungsblatt „Matin“ veröffentlicht an seiner Spitze einen Leitartikel, in dem es verlangt, daß Frankreich und Belgien im Interesse der alliierten Gläubiger die Einnahmen aus den Zöllen, Steuern und anderen Einkünften des Staates in den besetzten Gebieten organisieren. Frankreich und Belgien sollen sich an die Stelle des Deutschen Reiches setzen. Die Einnahmen sollen nicht mehr an das deutsche Budget abgeführt, sondern für das Konto des Reiches unter der Kontrolle der Alliierten durch rheinische Beamte verbucht werden. Hierdurch könne man die politische Grundlage für eine rheinische Währung und eine Sicherheit für künftige Anleihen schaffen, durch die man einen Teil der deutschen Schuld nach Maßgabe der finanziellen Tragfähigkeit der besetzten Gebiete einbringen könnte.

**Der Bahnhof Limburg besetzt.**

Gestern abend gegen 6 Uhr wurde der Bahnhof Limburg von den Franzosen besetzt. Nähere Einzelheiten fehlen noch, da die Telefonverbindungen vorläufig abgeschnitten sind.

**Tagesgeschichte.**

**Deutsches Reich.**

Ende des Streiks in der Hochseefischerei. Nach fast 10 wöchentlicher Dauer hat, wie der Norddeutsche Nachrichtenendienst meldet, der Streik in der Fischerei nunmehr sein Ende erreicht. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben zu einer Einigung geführt.

Die Münchener DDP. stellt sich hinter die Reichstagsfraktion. Eine Funktionärerversammlung des sozialdemokratischen Vereins München beschloß, sich im allgemeinen den Forderungen anzuschließen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an das Kabinett Cuno gerichtet hat und verlangt, daß die Richtlinien der Reichstagsfraktion bis zur letzten Konsequenz durchgeführt werden sollen. Die in der Konferenz von Weimar zutage getretenen Sonderbestrebungen wurden abgelehnt und es wurde erklärt, daß die Münchener Parteifunktionäre weiter vertrauensvoll hinter der Reichstagsfraktion stehen.

**Von der Reichseisenbahn.** Die Sitzung des Rendanten Ausschusses des Reichseisenbahnrates ist vom 10. auf den 9. d. Mts. und die Vollsitzung des Reichseisenbahnrates vom 11. auf den 10. August vormittags 10 Uhr verlegt worden. Auf der Tagesordnung steht die Einführung werblich-kundlicher Eisenbahntarife (Inbegriff).

**Ausfahrtszügen in Osnabrück.** Nach einer Meldung des Lokalanzeigers aus Osnabrück von der Ode kam es dort zu schweren Ausschreitungen der Notstandsarbeiter und Gewerkschaften. Um eine Feuerungsanlage zu erzwingen, verletzten sie in das Rathaus eindringend und die dort befindliche Hauptkasse zu stürzen. Die Polizei trieb die Menge mit der blanken Waffe auseinander. Mehrere Personen wurden verletzt.

**Schweden.**

**Das Verbleiben im Völkerbunde in Frage gestellt.** Aus den Kreisen des Völkerbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz wird der „Zürcher Volk“ geschrieben: Sollte es dazu kommen, daß Interbalkanische Gebiete irgendwie von Deutschland abgetrennt und — um der Abtrennung einen milderen Schein zu geben — der Kontrolle und militärischen Obhut des Völkerbundes unterstellt würden, dann wäre für die Schweiz der Augenblick gekommen, in dem sie zu erwägen hätte, ob ein weiteres Verbleiben im Völkerbund sich noch mit ihrem Staatsinteresse vereinbaren ließe. Als Mitglied des Völkerbundes wäre die Schweiz an dem, was unter der Kontrolle und militärischen Obhut des Völkerbundes am Werke gesehe, mitbeteiligt und dafür verantwortlich. Sie wäre damit in die Fänge der Großmächte verstrickt, was, wenn der latente Konflikt zum kriegerischen Ausbruch käme, verhängnisvolle Folgen für die Schweiz haben müßte. Unsere Vorfahren, die es in der Zukunft weiter, die sich von aller ausgesprochenen Bindung und Parteinahme in den großen europäischen Konflikten fernhalten wollten, waren zweifellos klüger als unsere Staatsmänner von 1919, die eine so starke und verhängnisvolle Bindung, wie den Anschluß an die Allianz der Völkerbundsgroßmächte vollzogen haben. Es wird auf sein, wenn man in Veru alle Essentialitäten schon heute ins Auge faßt, damit, wenn nötig, eine Bindung rechtzeitig gelöst werden kann, die bei verwehnter Lösung die Schweiz in die früher oder später unvermeidlichen kriegerischen Auseinandersetzungen europäischer Großmächte hineingeren müßte.

**Frankreich.**

**Poincarés übliche Sonntagrede.** Den Blättern zufolge wird Poincaré am Sonntag in Senlis-Val und in Marville das Wort zu einer politischen Rede anlässlich einer Denkmalsentdeckung ergreifen.

**Vom Völkerbunde.**

Der in Paris tagende zeitweilige Ausschuss des Völkerbundes für Abrüstungsfragen verhandelte gestern vormittag über die Bedingungen, unter denen die nicht dem Völkerbunde angehörenden Staaten zu einer allgemeinen Disarmierung eingeladen werden sollen. Gleichseitig nahm die Kommission in erster Lesung einen Artikel betreffend die etwaige Verablegung der Rüstungen an. Wie Poincaré mitteilt, beruhen diese Teile des allgemeinen Abrüstungsvertrages auf den folgenden Grundzügen, die von der französischen Delegation stets vertreten worden seien: 1. Die vertragsschließenden Nationen sind sich gegenseitig wirksame Hilfe nach einem im voraus aufzustellenden Plane schuldig. 2. Die Staaten bekümmern in voller Unabhängigkeit über die Verablegung ihrer Rüstungen. Die Verablegungen bleiben stets im richtigen Verhältnis zu der durch die gesonderten Defensivabkommen und den allgemeinen Unterstügnungsvertrag gewährten Sicherheit.

**Die Grundzüge der Politik des neuen Präsidenten.**

Die „United Press“ veröffentlicht einige der Grundzüge des neuen Präsidenten. Coolidge kündigt in Bezug auf die innere und äußere Politik Amerikas folgenden Anschauungen: 1. widerstehe er sich mit allen Kräften dem Beitritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund, 2. spricht er sich sehr für den Beitritt Amerikas in den Internationalen Gerichtshof, jedoch unter Vorbehalt, wobei er geltend macht, daß der Beitritt Amerikas zu diesem Gerichtshof in seiner Weise den Eintritt in den Völkerbund nach sich zieht, 3. werde sich Coolidge für die Erstattung der Inlandschulden unter angemessenen Bedingungen verwenden. Die bereits anerkannten Schulden, oder die Verbindungen, welche zum Teil schon bereits verwirklicht sind, kommen nicht in Frage, 4. werde sich Coolidge an dem Meinungs-austausch über die Ruhrfrage nicht beteiligen, es sei denn, daß sämtliche interalliierte Mächte ihn dazu aufforderten, 5. werde er für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Mexiko eintreten, sobald die augenblicklich schwebenden Verhandlungen beendet sind, 6. sei der Präsident Anhänger der Prohibition, doch sei er bereit, fremden Schiffen für den Transport von alkoholischen Getränken besondere Genehmigung auszugeben. — Die „United Press“ bezeichnet es als auffällig, daß Coolidge 1920 dem Völkerbunde gegenüber große Sympathien an den Tag legte, daß er aber später sich die Anschauungen Cardinas über diesen Punkt zu eigen machte.

**Protest des Kleinhandels.**

Die am Montag im Central-Theater zu Leipzig begonnene Hauptversammlung des Reichsverbandes Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler nahm nach einem Vortrag des Kaufmanns Dorschner, der für die Leipziger Handelskammer sprach, eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Der Lebensmittelhandel, der zur Hauptversammlung des Reichsverbandes Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler in Leipzig zusammengetreten ist, erhebt hiermit nachdrücklich und feierlich Protest gegen die durch irreführende staatliche Weisepolitik, die seit der Zwangsbewirtschaftung eingeleitet hat, hervorgerufene allmähliche Verleumdung des deutschen Lebensmittelhandels. Die durch die Besetzung bisher angetriebenen Ziele der Verbilligung der Lebenshaltungen sind in das Gegenteil verkehrt worden, außerdem ist die durch die gelegentlichen Bestimmungen allmählich eingetretene Sudkangverminderung katastrophal geworden für die breiten mittelständischen Schichten und die Lebensmittelversorgung des konsumierenden Publikums. Wie erheben daher die Forderung, daß Ausnahmegericht und Ausnahmeamt zu weichen haben und weiter die dringende Forderung an die Regierung und gesetzgebenden Körperschaften, dem Lebensmittelhandel gleiches Recht zuteil werden zu lassen, wie den übrigen Erwerbszweigen, nämlich die Einföhrung der Waffe der Goldmarkrechnung.“ Eine andere gleichfalls angenommene Entschließung spricht die Bereitwilligkeit aus, in Verbindung mit anderen Verbänden des Lebensmittel-Einzelhandels die nötigen Geldmittel aufzubringen, um die notwendige parlamentarische Vertretung sicherzustellen.

**Auch Gardinen,**

Vorhänge und dergl. werden durch Weismann's Reformita auf die billigste, bequemste und schonendste Weise praktisch gereinigt. Chemisch-reinige nur mit Weismann's Reformita.

# Verlässliches und Sächsisches.

Miesca, den 8. August 1923.

**Verfassungsfest in Miesca.** Im amtlichen Kette ladet der Stadtrat zu einer Feier des Verfassungstages am Sonnabend abend 8 Uhr ein. Es findet ein öffentliches Konzert im Stadtpark statt, das bei ungünstigem Wetter im Stern-Saal abgehalten wird.

**Modernes Theater.** Die Direktion Wetbur Corte machte am gestern wieder mit einer Schöpfung aus der guten alten Zeit bekannt. Es war kein Bedacht, bis auf den letzten Platz hatte sich der Theateraal mit Freunden der leichtschwingenden Operettenmusik gefüllt. In dem aufgeführten Stück „Ein Walzertraum“, der einen tiefen Blick in ein reineres Fürstenhaus von Anno dazumal und bekannte Strauß'sche Walzermelodien in die Ohren klingen läßt, gelang es die Künstler ihrer oft schwierigen Späßen darstellerisch gewachsen. Hugo Klein gab seinem regierenden Fürsten anziehend etwas reichlichen Beigeschmack des Romischen, im übrigen stellte er aber seinen Mann ebenso gut wie Wacker als Vetter des Fürsten, sowie Exzelle und Schreiber als flotte österreichische Leutnants. Die Prinzessin Delene hatte in Luise Köhler eine ausgezeichnete Vertreterin gefunden. Als Ober-Kammerfrau spielte Rosa Wühl vom Residenztheater eine Waktrolle, die sie mit großem Geschick durchzuführen verstand. Entzückend war auch das Spiel von Ute Welando, die als feine „Wagnerin“ mit ihrer Damenkapelle zur Bewunderung hinriß. Starke andauernder Beifall rief die Darsteller mehrmals zur Wiederholung der Gefänge und Tänze. Eine wechselvolle Beleuchtung der Bühne erhöhte den gesamten Effekt ganz wesentlich.

**Keine Ausführungen gegen den Einzelhandel.** Das Wirtschaftsministerium warnt auf Grund verschiedener Anzeichen, daß in Verbraucherkreisen sich aus Anlaß der schweren Lexion eine gereizte Stimmung gegen den Einzelhandel bemerkbar zu machen beginnt, die Verbraucher eindringlich davor, ihren sehr begreiflichen Unwillen über die harte Notlage am Einzelhandel in unbesonnenen Handlungen auszulassen. Dadurch würde die schwierige Lebensmittellieferung in keiner Weise gebessert, sondern im Gegenteil noch mehr gefährdet. Die Verbraucherschaft muß im eigenen Interesse sich hüten, für diese Notlage den Einzelhandel in Bauch und Bogen verantwortlich zu machen, dessen Vertreter zum Teil selbst schwer unter den traurigen Verhältnissen leiden. Vor allen Dingen kann unrechtmäßiger Zwang oder gar Verhinderung von Geschäftstotalen und Einrückungen nichts helfen, sondern nur verschlimmern; die Behörden können nur dann für das Gelingen ihrer Bemühungen, die Lebensmittellieferung aufrechtzuerhalten und wieder auf besseren Fuß zu bringen, garantieren, wenn die Verbraucherschaft sich von ungeseligen und gewaltsamen Eingriffen in den Einzelhandel fernhält.

**Lebensmittelbestandsaufnahmen.** Die Nachrichtenstelle schreibt: Mit Verordnung vom 6. ds. Mts. hat das Wirtschaftsministerium auf Grund der Bekanntmachung über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 die Gemeinden ermächtigt, dem Zwecke der Prüfung, ob etwa von einzelnen Händlern Lebensmittel unzulässigerweise zurückgehalten werden, Bestandsaufnahmen beim Handel allgemein oder bei einzelnen Händlern über ihre Vorräte an Lebensmittel anzuordnen und entsprechende Anzeigen an die Gemeinde innerhalb kürzester Frist zu erfordern. Bei Konfigurationslagern haben deren Gewahrsamhaber die Eigentümer der Waren besonders zu bezeichnen und nach Beständen nachzuweisen.

**Sächsische Wogaenanleihe.** Die Zeichnung auf die Sächsische Wogaenanleihe hat mit einem starken Erfolge abgeschlossen. Der ausgesetzte Betrag ist mehrfach überzeichnet worden. Bei voller Berücksichtigung der kleinen Zeichner ist dem Vernehmen nach kaum ein Viertel des gezeichneten Betrages zugeteilt worden. Für die Anleihe haften der Freistaat Sachsen mit seinem gesamten Vermögen.

**Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit:** Die Arbeitgeberverbände für Dresden und Umgebung haben mit den Angestelltenverbänden über die Abschlagszahlung am 10. cr. verhandelt. Eine endgültige Einigung ist nicht zustande gekommen; dagegen haben sich die Arbeitgeber verpflichtet, eine vorläufige Abschlagszahlung in Höhe von 90 Prozent des Juli-Gehaltes am 10. ds. Mts. zur Auszahlung zu bringen.

**Fakturierung in Goldwährungen.** Das Landwirtschaftsministerium schreibt hierüber folgendes: Neuerdings mehren sich die Klagen darüber, daß Industrie- und Handelskreise immer mehr dazu übergehen, ihre Waren uneingeschränkt auf der Grundlage einer ausländischen Währung oder in kurzgeschützter Mark zu berechnen. Ein derartiges Vorgehen ist

# Heutiger Dollarkurs (amtlich): 4872150 Mk.

Bernspruchung, ohne Gewähr.

nur für reine Auslandswaren und für denjenigen Kostenanteil der im Inlande hergestellten oder bearbeiteten Ware zulässig, der auf Auslandsbezugsstoffe entfällt. Die inländischen Bezugsstoffe dürfen dagegen nur mit tatsächlich entstehenden, gegebenenfalls nach Maßgabe der inneren Geldentwertung berichteten Beträgen in die Preisberechnung eingekalkuliert werden (vergl. Mitteilungen der Preisprüfungsstelle Rahra, 1922 S. 80 ff. Jahrg. 1923 S. 1. Bg. 1/4, 7 ff.). Eine Berechnung auf reiner Goldmarkbasis ist unzulässig, solange Verbilligungsmomente, wie die Mietwagnswirtschaft, die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides und Junders, des Kalis, der Rohle und dergl. in der Wirtschaft fortbestehen, die in ihrer Auswirkung den Gewerbetreibenden auf Kosten anderer Bevölkerungsklassen Vorteile bringen. Die uneingeschränkte Preisberechnung in Goldmark oder hochwertiger Fremdwährung eilt der innerwirtschaftlichen Entwicklung voraus und führt zu Zeiten der Markverschlechterung zu vermehrter Inflation und damit zu weiteren Preissteigerungen. Den oben angeführten Gesichtspunkten wird bei den Fragen der Preisbildung besonderes Augenmerk zu schenken sein. Eine Preisstellung in ausländischer Währung oder in kurzgeschützter Mark kann je nach den Umständen den Verdacht übermäßiger Preissteigerung begründen. Die Landespreisprüfungsstelle weist alle Erwerbstätigen auf vorstehende Ausführungen hin und gibt der Erwartung Ausdruck, daß Industrie und Großhandel diesen autoritativen Auslassungen Rechnung tragen; sie erwartet aber auch von den örtlichen Preisprüfungsstellen, daß sie nunmehr vorkommendenfalls bei Preisüberprüfungen eingreifen. Bei dieser Gelegenheit wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Zahlungsbedingungen wie z. B. „bei verbäteter Zahlung erfolgt die Umrechnung in Papiermark zum höchsten amtlichen Berliner Dollarkurs“ zwischen dem Fälligkeitstage und dem Tage des Zahlungseinganges, beide Tage eingerechnet“ ebenfalls unzulässig sind und unterbunden werden müssen.

**Von der Post.** Der Reisepreis für Nachnahmeleistungen und Postaufträge ist vom 7. August an auf 1000000 Mark festgesetzt worden.

**Dreifache Postgebühren.** Das Reichspostministerium hat den Verkehrsbeitrag für die zweite Hälfte August auf Beratung über die Einführung wertbeständiger Postgebühren einberufen. Um jedoch bereits am 1. Sept. die durch die Geldentwertung entstandenen Mehraufgaben decken zu können, sollen von diesem Tage ab die Postgebühren zunächst um 200 Prozent erhöht werden, so daß ein Fernbrief 3000 Mark und eine Postkarte 1200 Mark kosten würde.

**Ein Dementi.** Verschiedene Meldungen berichteten nach dem „Völk. Beobachter“ in München über eine Veröffentlichung der Moskauer „Iswestija“ vom 1. Mai, die von einer Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Dr. Brüning und ihrem Berichterstatter Zolko handelt. Hierzu erklärt Dr. Brüning: Ob die im „Völk. Beobachter“ erschienene Uebersetzung des Berichtes der „Iswestija“ richtig ist, entziehe sich meiner Kenntnis. Die betreffende Nummer der „Iswestija“ ist mir seitherzeit mit einer deutschen Uebersetzung zugegangen, die dem Wortlaut wie dem Sinne nach von der Uebersetzung des „Völk. Beobachters“ in einer Reihe wichtiger Punkte abweicht. Auf jeden Fall bringt die Uebersetzung des „Völk. Beobachters“ den Inhalt meiner Besprechung mit dem Berichterstatter nicht richtig wieder.

**Einschränkung des Personenzugverkehrs.** In der nächsten Zeit alle Kräfte der Eisenbahn für die Beförderung der lebenswichtigsten Güter, besonders der Ernte, einzusetzen, wird zu Einschränkungen des Personenzugverkehrs führen müssen. Der Reichsverkehrsminister hat daher die Führung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen grundsätzlich unterlagert. Weitere Einschränkungen werden nach Maßgabe der Verkehrsfrage folgen. Die Bemühungen des Reichsverkehrsministers können unterstützt, und es können stärkere Maßnahmen herbeigeführt werden, wenn sich in der Öffentlichkeit der Gedanke durchdringt, daß die Zeit nicht dazu anzusetzen ist, feste zu setzen und Zuzufahren zu unternehmen. Auch Versammlungen zu wissenschaftlichen und ähnlichen Zwecken sollten auf bessere Zeiten verschoben werden.

**Arbeitsmarktbericht vom 29. Juli bis 4. August.** Die seit Wochen wahrgenommene Besserung der allgemeinen Arbeitsmarktlage hat in dieser Berichtswoche keine weiteren Fortschritte gemacht. Sie ist vielmehr zum Stillstand gekommen und zeigt in einzelnen Industriezweigen und Berufsgruppen infolge der Geldentwertung und dadurch bedingten Geldknappheit sogar be-

reitig Neigung zur Verschlechterung. Besserhin auf Beschäftigt und aufnahmefähig für Arbeitssuchende bleiben die keramischen Gewerbe, die Töpfereien, die Glasindustrie und die Textilindustrie.

**Die Regierung und Dr. Gradnauer.** Die Behauptung des Teilmünchener Ausschusses über Meinungsverschiedenheiten der sächsischen Regierung mit Dr. Gradnauer, dem sächsischen Gesandten in Berlin, wird von der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ für falsch erklärt. Die „Sächsische Staatszeitung“ betont, daß die Note der sächsischen Regierung vom gestrigen Tage vom sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer der Reichsregierung überreicht werde. Der Teilmünchener Ausschuss hatte nämlich bemerkt, daß die vorderegebende Note der sächsischen Regierung unmittelbar, also unter Liebergebung Dr. Gradnauers, der Reichsregierung überreicht worden sei.

**Der Händler Richard Klingenberg in Hof** wurde der Handelsbetrieb gänzlich unterlagert. Als er von einem Einkauf durch Merzsch kam, wurde er von dem Bedienten angehalten und nach seinem Gewerbeschein befragt. Es stellte sich heraus, daß er gar keinen Handel betrieb. Man beschlagnahmte bei ihm bei dieser Kontrolle 108 Stück Butter, 8 Handelte auch mit Obst, Eiern, Quark, Geflügel u. a. Groh war der Kreis seiner Lieferanten, und den kleinen Dorfbewohnern war es deshalb kaum möglich, ein Stückchen Butter zu erwerben. Nun ist sein Betrieb aufgelöst und verkauft hat er Weid und Wagen, Geräte und seinen Weizen auf dem Markt. Die Untersuchung muß ergeben, ob sich sein Handel immer im gesetzlichen Rahmen bewegte.

**Dresden.** Am 6. ds. Mts. gegen 4 Uhr nachmittags wurde in der Dresdner Höhe, etwa eine Viertelstunde von der Helmstraße entfernt, auf drei Dresdner Damen ein Raubüberfall ausgeführt. Den drei Damen, die sich auf ihrem Spaziergange befanden, trat plötzlich ein unbekannter Mann, der die untere Gesichtshälfte mit einem roten-weißen Taschentuche verbunden hatte, entgegen, entriß ihnen ihre Handtaschen und verschwand damit im Walde. Er wird wie folgt beschrieben: Etwa 160 bis 185 cm groß, schlank, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, rötliche Haare, trug graue Ballonmütze und graubraunen Jackettsanzug.

**Dresden.** Am 6. ds. Mts. fanden von 6 Uhr nachmittags an in den Straßen der inneren Stadt und auf dem Altmarkt verschiedene Unflimmungen von geringerem Umfangs statt, die von der Polizei gestreut wurden. Ein Polizeibeamter in Zivil, der von der Menge erkannt und mißhandelt wurde, wurde von Beamten der besetzten Abteilung befreit. Auch wurden wiederum die Polizeibeamten mit Steinen beworfen. Sonstige Ausschreitungen kamen nicht vor. Es sind 9 Personen festgenommen worden.

**Radeberg.** In der Nacht zum Sonntag ließ sich auf der Waldstraße zwischen Radeberg und Rensdorf ein 25 Jahre alter Mann von einem Ruge überfahren.

**Meerane.** Seit mehreren Tagen sind 45 Bäderbetriebe nicht in der Lage, Brot zu backen und damit zum Schließen gezwungen, da die Amtshauptmannschaft nicht in der Lage war, den Betrieben Mehl zuzuführen.

**Glauchau.** Ein im Auslande lebender Glauchauer spendete seiner Vaterstadt die Summe von 115 Millionen Mark.

**Chemnitz.** Hier kam es vorgestern zu Ruhestörungen. Eine tausendköpfige Menge erlangte in einer Ueberschlags den Verkauf von 175 Bannern Margarine zum Preise von 80000 M. Die Polizei war der Menge gegenüber machtlos.

**Deisnig i. B.** Während ein Autoführer mit dem Kraftwagen eines Fabrikanten vor dem hiesigen Wsarramt wartete, um einen Herrn nach Wahren zurückzubringen, wurde er von drei bekannten Kommunisten aufgefordert, sie spazieren zu fahren. Auf seine ablehnende Antwort wurde ihm erklärt: Der Wagen ist beschlagnahmt, er gehört jetzt uns. Auf eine weitere Entgegnung des Autoführers wurde er zu Boden geschlagen, mit Füßen getreten, sodah er blutende Verletzungen davontrug. Auch seine Kleider wurden zerfetzt. Die Menschenmenge, die sich angeammelt hatte, schrie laut um Hilfe, wagte aber nicht einzuschreiten, da die Angreifer als besonders gewalttätig bekannt sind. Anzeige ist erstattet. — Der Bergarbeiterstreik wächt sich immer mehr zu einer Nachtprobe aus. Nachdem die Lohnforderungen bewilligt worden waren, nahmen Teile im Zwickauer Revier die Arbeit wieder auf. Dem Drängen der Rabfaktinistis folgend, kam es wieder zur Arbeitseinstellung. Es hat sich nunmehr eine aus Mitgliedern der Unionistischen und des Alten Bergarbeiterverbandes bestehende zentrale Streikleitung gebildet, die die Wiederaufnahme der Arbeit scharf entgegensteht und Weitertriebung des Streiks auch auf andere Bezirke erstreckt. Die Notstandsarbeiten werden noch verrichtet.

**Rochlitz.** Die Rechtsverwirrung im Deutschen Geld- und Zahlungsweien wird dem Rochlitzer Tageblatt von

# Nud doch!

Roman von Anny Wothe.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Copyright by Anny Wothe, Leipzig.

Am liebsten hätte ich mich mit Gewalt freigemacht von dem fremden Mann, der mich, wie mir jetzt klar wurde, von meiner Mutter gekauft hatte, um eine möglichst bequeme Frau für sein verwaistes Haus zu haben, aber ich ließ mich äußerlich ruhig an seiner Seite dahin, immer durch dunklen Wald aufwärts zur Höhe. Wie feinsinnig, wie erdarmlich, wie niedrig kam ich mir vor, daß ich einen Mann genommen, den ich nicht liebte, dem ich heute auf Befehl Liebe und Treue gelobt bis in den Tod.

Das er meine Gedanken ahmte, fühlte er, was ich empfand: Einmal war es mir, als sähe sein blaues Auge klar und forschend bis auf den Grund meiner Seele, als er so mit mir Seite an Seite dahinfuhr. „Seidungsdreißig“, sagte Mama, müßte er sein. Es ist ja auch ganz gleichgültig, ob jung oder alt, mir, das fähle ich jetzt deutlich, wird er nie nahe stehen.

„O, aber all mein törichtes Hoffen und Träumen! Der Lenzwind streicht leise durch die Bäume. Bald werden wohl die Zweige Knospen treiben. Die Dassenburg! Wie groß, wie dunkel, wie mächtig sie vor und liegt! Fackeln erhellten den Burghof. Die Dienerschaft steht in Bestäubung versammelt und Blumengewinde schmücken die Gasse.“

„Ich gebe schweigend grüßend hindurch, kein freundliches Wort, kein Dank kommt über meine Lippen — es ist mir, als ginge ich meines Lebens letzten Gang.“

Der Mann an meiner Seite steht mich einen Augenblick befreundet an, dann scheint es, als kräule ein leichtes Spottlächeln seine durch einen dicken blonden Schnurrbart beschatteten Lippen, einen Augenblick ist es mir, als ziehe er meinen Arm fester in den seinen, dann scheitern wir weiter die beschriebene, blumengeschmückte Treppe hinan. Oben an der Treppe steht ein winziges kleines Menschenkind — drei Jahre mochte es sein — es hat auch Blumen in den Händen — und lacht und jauchzt hell dem Vater entgegen. Der hebt es empor und drückt es fast an sein Herz.

Die alte Kinderfrau, die dabei steht, reißt die Tür zu einem großen, weiten Gemach auf, dann beschwindet sie auf einen herrlichen Wink Dasso's wie der Blick, nachdem sie mir einen dezenten Blick geworfen

Oh, ich weiß noch jede Einzelheit jenes schrecklichen Tages, jede Minute ist mir gegenwärtig.

Dasso sieht dem kleinen Mädchen in die lachenden Blauaugen, dann aber legt er mir das Kind plötzlich in die Arme, und es ist mir, als bebe seine Stimme, wie er leise sagt: „Liebe sie, meine arme, kleine, mutterlose Rena, es ist das einzige, was ich von dir verlange, Jolande.“

Ich fühle das warme kleine Körperchen an meinem Herzen und plötzlich erlaßt mich, als seine Worte an mein Ohr klingen, ein Gefühl des Grauens.

„Nein, ich will nicht“, rufe ich leidenschaftlich, fast entsetzt, die Kleine, in deren blauen Augen große Tränen schimmern, auf die Erde sendend, „ich will nicht!“

Dasso's hohe Gestalt schreitet zur Tür. „Frau Doro,“ ruft er hinaus, „ich bitte, nehmen Sie Rena zu sich.“

Die Alte kommt. Ich sehe noch, wie ein böser Blick mich trifft, dann ist sie mit dem Kinde verschwunden.

Ich sehe vor Dasso stumm wie eine Säule, und doch fähle ich, daß ich soeben die erste große befreiende Tat meines Lebens getan. Stolz hebt sich mein Blut empor. Er bleibt an dem großen Wlde einer Frau hängen, das über dem Schreitisch hängt und das — so ist es mir — mit tieftraurigen Augen zu uns herüber sieht.

Die Frau hat blauschwarzes Haar und lange, dunkle Wimpern verschleiern halb die großen, traurigen Augen. Um das dunkle Gesicht schlingt sich ein Mohntüchlein und in den kleinen, zarten Händen hält sie einen großen Strauß dieser Feuerblüten.

Dasso ist meinem Blick gefolgt.

„Diese da,“ sagte er, auf das Bild deutend, „würde sehr traurig sein, wenn sie die harten Worte gebört hätte, die du für ihr Kind hattest. Es ist Rena's Mutter.“

„Das ist mir ganz gleichgültig, wer sie ist,“ fahre ich, auf das tiefste gereizt, auf. „Ich kann, ich lasse mich nicht zur Liebe zwingen, ich will nicht das Kind lieben, dessen Vater mich wie ein Stück Ware in sein Haus schleppt, der mich von meiner Mutter erhandelt hat, ohne mich zu fragen, wie ich selbst über dieses schmäbliche Geschäft denke.“

„Jolande!“ Ein drohender Hornesblick trifft mich aus Dasso's blühenden Augen. Ich verstehe ihn wohl, er sagt mir, daß ich ihn nicht weiter zetzen dürfte, aber ich weiß nicht, wie es kommt, ein grausames Gefühl nach Rache zuckt plötzlich in mir auf. Ich lehnte ärmlich danach, ihn zu fränken, ihn zu be-

„Bitte, rege dich nicht auf,“ antwortete ich kalt, „aber leugne doch, wenn du kannst, daß die Beweggründe, die dich veranlassen, mich zu deiner Frau zu machen, die allerliebtesten waren, die man sich denken kann. Für Geld erworbst du von einer gewissenlosen Mutter — ich schäme mich, daß es die meinige war — das Recht, mich zu deiner Wirtschaftlerin, zur Mutter meines Kindes zu machen, mit Geld, das du den Meinen zahltest, glaubst du dein Gewissen beschwichtigen zu können, daß du eine Frau erwerbst, die dir nichts ist, nichts sein will und darf. Ober willst du es leugnen, daß du mich nur darum gewählst, weil du geglaubt hast, meine Jugend und Unerfahrenheit im Verkehr mit der Welt und Menschen und vor allem meine Armut gäben mir nicht das Wort der freien Selbstbestimmung? Warum hast du nicht Dasso gewählt, wenn es durchaus eine aus der Verwandtschaft sein mußte? Weil sie dir zu klug war, weil du nicht von ihr erwarten durftest, daß sie sich dir blind fügte. Du wähltest mich, weil du eine Frau brauchtest, und weil ich die dümmste, also für dich die bequemste war. Daß du aber dadurch ein ganz junges Menschenleben in grausamem Egoismus vernichtet hast, fällt dir im Wohlgefühl, etwas Gutes getan zu haben, gar nicht ein. Du fähst dich noch wie ein Kind, und doch bist du in weinen Augen ein Feigling, wie ich noch keinen gesehen!“

Eine flammende Rote fliegt über Dasso's tiefstes Gesicht. Eine dicke, schwere Hornesader liegt auf seiner Stirn — ich sehe mit Wollust, daß seine Hände bebend, daß es ist, als wollte er zu mir schreien und mich mit einem einzigen Druck seiner Hand vernichten. Aber nichts geschieht — ich sehe nur den fast übermenschlichen Kampf, den er kämpft. Gelassen tritt er endlich zu mir und nimmt mir den Reifemantel, den ich noch immer trage, von den Schultern.

„Willst du mich auch einmal reden lassen, Jolande?“ fragte er langsam. „Aber, bitte, nimm Platz — das Stuhlchen ermdet, obwohl ich mich so kurz wie möglich fassen will.“

Er schließt mir einen Sessel hin und ich lasse mich kumm darauf nieder. Die großen, traurigen Augen der Frau mit den Mohntüchlein bohren sich törmlich in meine Seele. Dasso zieht einen Sessel dicht an den Kamin, in welchem die roten Flammen hell auflobeten. Dann sagte er langsam:

„Du häußt schwere und bittere Anklagen auf mich und so haarsträubende Beleidigungen, daß ich sie allein deiner Jugend, und Unerfahrenheit zuante halte.“

einem Vater wie folgt geschilbert: Mein Schwiegervater verkaufte 1914 circa 4 Hektar Feld wegen Aufgabe der Wirtschaft für den Gesamtpreis von 6000 Mark. Da es beiden Teilen genehm war, wurde der Betrag 10 Jahre un kündbar auf dem Grundstück stehen gelassen. 1924, also nächstes Jahr, wird nun dieser Betrag von 6000 Mark zahlbar, und es ist leicht möglich, daß der derzeitige Besitzer, falls die Waise so bleiben oder noch steigen, zum Verkäufer kommt und sagt: Hier bringe ich die mal ein Ei, ich will damit 4 Hektar Feld bezahlen, die ich dir 1914 abkaufte. Dabei kostet heute ein Hektar Feld zu pachten 3-6 Rentner Roggenpreis pro Jahr.

Delvaig. Am Montagabend hat ein junger Mann auf seine Begleiterin, mit der er einen Spaziergang im Gannewitzer Park unternahm, angeblich im Scherz mit einem Revolver geschossen. Der leichtsinnige Schütze will nicht gemerkt haben, daß die Waffe noch eine Wadronne enthielt. Als das Mädchen abnungslos ihm zurief: „Triff mich aber gut!“, drückte der junge Mann ab. Im selben Augenblick sank das junge Mädchen schwer verwundet zu Boden. Es stellte sich bei der Untersuchung später heraus, daß die Unfälle eine lebensgefährlichen Lungenschuß erhalten hatte. Sie fand sofort Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob.

### Gerichtssaal.

**Delvaig.** Der Ferien Senat des Reichsgerichts verurteilte den Dreher Gerhard Streyn aus Magdeburg wegen Landesverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus. Streyn war im März 1916 in der Champagne von der Waise zu den Franzosen übergelaufen und hatte diesen die deutschen Stellungen verraten. 1920 kehrte Streyn aus der Gefangenschaft zurück. Im Dezember 1922 wurde er wegen Verrats verhaftet. Er war gekühdig. Der Reichsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

**Landgericht Dresden.** Wegen Preiswuchers beim Verkauf eines Kalbes erhielten die Fleischer best. Viehhändler Kurze, Vater und Sohn aus Oberpöhlau von der 3. Ferienkammer ein jeder 2 Millionen Mark Geldstrafe auferlegt. In dieser Angelegenheit hatte das Schöffengericht Dresden in der Sitzung vom 13. Juni aus anderen rechtlichen Gesichtspunkten auf Freisprechung erkannt, dagegen war aber von der Staatsanwaltschaft erfolglos Berufung eingelegt worden.

**Schwarzwaldgericht Dresden.** Am Dienstag hat das Schwarzwaldgericht Dresden zur ersten Sitzung in der vierten diesjährigen Tagung zusammen. Vor Eintritt in die Verhandlung beehrte Landgerichtsdirektor Senfert die Geschworenen, um sie gleichzeitig auf die Rechte und Pflichten dieses hohen Ehrenamtes hinzuweisen. Als erste Angeklagte hatten sich die 18 Jahre alte ledige Arbeiterin Elisabeth Claus aus Aues aus Reutgrauzig und die aus Hessa gebürtige, in Hintermauer bei Reichen wohnhafte Arbeiterin Auguste Martha Beger geborne Hölzig zu verantworten. Nach dem Eröffnungsbeschluss soll die Claus in einer Privatklagesache vor dem Amtsgericht Reichen am 19. Februar einen Reutenmeißel und Frau Beger sich hierbei der Anstiftung zum Meineide schuldig gemacht haben. Letztere ist bereits wegen Meineides mit Zuchthaus vorbestraft, sie befindet sich in Untersuchungshaft. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Ende vorigen Jahres hatte der Chemiker der Frau Beger gegen eine Frau Schumann Privatklage erhoben, weil sie ihm angeblich nachgeredet, er hätte vor einigen Jahren als Schiffer in der Gegend von Magdeburg einen Bauer, der ihn beim Kartoffeldiebstahl ertappt, in die Erde geworfen und ertrinken lassen. Von der Gegenpartei war behauptet worden, daß die Frau des Privatklägers selbst erst vor einigen Jahren den Anlaß durch ihre Erzählungen zu dem Gerichte gegeben habe. Die damals erst 16 Jahre alte Claus hatte die Erzählung der Frau Beger mit angehört. Unter dem Einfluß der Beger lebend, hatte die Claus der Wahrheit zuwider dann als wichtige Hauptzeugin beschworen, daß die Worte seinerzeit nicht gefallen seien, dann aber später selbst Anzeige erstattet, die Unwahrheit im Berichtstermine angezogen zu haben. Während im jetzigen Termine die Claus voll geschuldig war, bestritt Frau Beger jede Schuld, es machte sich danach eine sehr launenhafte Verweigerung erforderlich. Hierzu war eine Anzahl Zeugen aus Reichen und Umgebung vorgeladen und Generaloberarzt Dr. Bennede als Sachverständiger erschienen. Nach dem Ergebnis der vollständigen Erörterungen for-

berte Staatsanwalt Dr. Langhein die Befragung der gestellten Schuldfragen, die Rechtsanwälte Köster und Dr. Trostschütz-Reichen plädierten für Verneinung derselben. Die Beratung der Geschworenen zog sich bis zu später Nachmittag hin, nach deren Wahrspruch wurden die Claus nur wegen fahrlässigen Mordbetrags zu drei Monaten Gefängnis, Frau Beger wegen Verleitung zum Meineid zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt.

### Der Obstbau im Bezirk im August 1923.

Die Hauptwachstumsperiode an unseren Obstgehölzen ist nun vorüber. Durch die anhaltende Frühlingsfeuchtigkeit haben fast alle Äpfel- und Strauch-ertragsfähige Triebe entwidelt. Bei Hoch- und Dalbstämmen läßt man diese Triebe unberührt; bei Formobstbäumen hingegen werden außer den Verlängerungstrieben alle jungen Triebe der Seitenäste, die länger als ungefähr 20 Zentimeter getrieben haben, bis auf vier Augen zurückgeschnitten. Dieser Fruchtblaßschnitt braucht aber nur bei streng neigenen Formbäumen ausgeführt werden. Der Fruchtanhang hat sich bei mancher Obstsorte noch besser entwickelt, als man durch die unglückliche Bitterkeit erhofft hatte. Es wird gut sein bei anhaltender Trockenheit diese vollbehangenen Bäume reichlich zu bewässern, denn große Mengen Wasser müssen durch den Baumkörper geföhrt werden, bis nur wenige Gramm wirkliche Nährsalze an Ort und Stelle gebracht werden können. Das Düngen der Bäume und Sträucher mit Jauche darf nun nicht mehr erfolgen, es regt nur bis spät in den Herbst hinein den Holztrieb an, welcher bis Frostbeginn dann nicht ausreifen kann, was Frostschäden im Winter oft zur Folge hat. Das erste madige Obst beginnt nun von den Bäumen zu fallen. Diese madigen Früchte sollten gesammelt, verköchelt oder vernichtet werden, sonst wird man die Obstmade (madiges Obst) in kommenden Jahren nicht los. Zum Abfangen der Obstmade kann man auch jetzt noch sog. Madenfallen (Heu- oder Strohhülle oder Wellpapierstreifen) um die Stämme bringen. Das madige, oft rotbraune Kollabst läßt sich auch im Haushalt verwenden. So sich Mutkläuse an den Bäumen zeigen, müssen diese jetzt radikal bekämpft werden, sie werden in den kommenden Wochen beständig und verfallen ihre jetzigen Herde, um sich auf andere Äste und Bäume zu begeben. Bekämpfungsmittel sind: Obstbaumtarbolin, alte Fette und Öle, Spiritus usw. Gegen die Kranflecken am Wein unterlasse man nicht, diesen nochmals zu beschwefeln. Für alle Obstbaufragen steht der Obstbauamt der Amtshauptmannschaft kostenlos zur Verfügung. **Glückw.**

### Vermischtes.

**Bugszusammenstoß.** Auf der Krähwinkler Brücke bei Daghhausen an der Elbe stieß gestern ein Personenzug bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof mit einer aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Lokomotive zusammen. Sechs Reisende, der Lokomotivführer und der Beizer wurden leicht verletzt, während der andere Lokomotivführer schwer verletzt wurde. Die beiden Lokomotiven und ein Packwagen entgleisten.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. August 1923.

#### Frankreich oder Ausweisung.

**Paris.** Die französischen Kreisdelegierten in Rhein-essen haben den an den Bahnstrecken gelegenen Bürgermeistern die Weisung gegeben, die Ausweisung von Erwerbslosenunterstützungen sofort einzustellen. Die Erwerbslosen seien angewiesen, sich bei der französisch-belgischen Eisenbahnregie zu Dresden und Stationenarbeiten zur Verfügung zu stellen. Im Falle der Weigerung würden nicht nur sämtliche Erwerbslose, sondern auch die Bürgermeister bzw. Beigeordneten und je vier Gemeinderatsmitglieder aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Mehrere Bürgermeistereien ließen durch die Ortschelle eine diesbezügliche Aufforderung an die Erwerbslosen ergehen, doch ohne nennenswerten Erfolg. Die Erwerbslosen weigern sich, den freireisenden Eisenbahnern in den Rücken zu fallen und lehnen die Arbeit bei der Regie entschieden ab.

**Verhältnis reich nach Paris.** Wie der „Matin“ aus Belgrad meldet, werden der Ministerpräsident Wachtich und der Minister des Innern Ritschitsch am Freitag nach Paris reisen. Sie beabsichtigen, mit der französischen Regierung die Reparationsfrage zu prüfen.

#### Neue Deutschenbeide des „Temps“.

**Paris.** Das Tagesgespräch bildet hier der von Steed in der „Times“ veröffentlichte Brief. Danach schied der englische Botschafter folgendes vor: 1. Deutschland wird den vollen Widerstand einstellen unter der Bedingung, daß es zu der künftigen Verwaltung des Ruhrgebietes hinzugesogen wird und 2. mit Frankreich und Belgien zusammen den Zeitpunkt der Räumung des Ruhrgebietes festsetzt. Diese Vereinbarungen hätten den Nachteil, schreibt der „Temps“, eine nachträgliche Erpressung seitens des Reiches zu ermöglichen und außerdem widerspreche dies dem Vertrage. Falls die englische Regierung den gegenwärtigen Konflikt beendet sehen möchte, so gäbe die Reichsregierung über die Anleihe der 500 Millionen Gelegenheit. Es handelt sich darum, so stellt der „Temps“ ausdrücklich fest, einen Betrag aufzubringen, der den gesamten Wert des laufenden Papiergeldes übersteigt. Ein so grandioses Entgegenkommen könne kaum ohne die Zustimmung der Reparationskommission ausgeführt werden. (1)

#### Die englische Kabinettsitzung verlagert.

**London.** Wie das Reutersche Büro meldet, ist die Kabinettsitzung auf morgen verlagert worden. Der „Daily Telegraph“ sieht den Grund hierfür in Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministeriums.

#### Wirtschaft.

**Rechnung des Grundlohnes.** Mit Wirkung vom 13. August ab ist, wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, der Höchstlohn des Grundlohnes auf das Vierfache und im besetzten Gebiet auf das Fünffache der regelmäßig veröffentlichten Reichsindexzahl der Lebenshaltungskosten festgesetzt worden.

**Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches an diskontierten Schatzanweisungen** liegt in der Zeit vom 21. bis 31. Juli um 17818901160 M. auf 57848687547 M. Davon sind mit dreimonatiger Laufzeit bei der Reichsbank diskontiert 57808552847 M., sonstige mit einer längeren Laufzeit ausgegebene Schatzanweisungen 40134700 M. Die Finanzabteilung des Reichs in der Berichtswochen wurde wiederum stark beeinflusst durch die in diese Zeit fallenden Auszahlungen aus Anlaß der Erhöhung der Teuerungsbeträge der Reichsbediensteten usw. für die zweite Hälfte des Monats Juli sowie durch die Gehaltszahlungen für den Monat August. Da die Oberfinanzstellen für diesen Zweck erhebliche Beträge haben zurückhalten müssen, sind die Nettoablieferungen, die in der vorigen Woche 509,4 Milliarden M. betragen hatten, in der Berichtswochen auf 460,1 Milliarden M. zurückgegangen. Die Zunahme der schwebenden Schuld ist wie bisher lediglich auf die Geldentwertung zurückzuführen. Die Ausgabenerhöhung ist verursacht durch die Verwirklichung der Geldmittel für die Teuerungsbeträge der Beamten usw., durch erhöhte Aufwendungen der Reichsbahn infolge des erwähnten Besoldungsbedarfs und des durch den sehr starken Geldbedarf für Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages und für Maßnahmen zur Abwehr der durch den Einbruch in das Rhein-Ruhrgebiet hervorgerufenen wirtschaftlichen Schäden.

#### Marktberichte.

**Die amtlich notierten Preise** (in Tausenden Mark) waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 4000-4700. Steigend erregt. Roggen, märkischer 3300-3500. Erregt. Gerste, neue Wintergerste 3500-3700. Erregt. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 13000-16000. Feinste Weizen über Notiz bezahlt. Erregt. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 11000-12000. Erregt. Weizenkleie und Roggenkleie frei Berlin 2000-2300. Steigend. Formelmaße 30 70 1000, Kartoffelkoden 2200-2500.

#### Geschäftliches.

Auf die Neueröffnung von Rasch's Bierstuben auf der Frauenstraße 12 in Dresden, lt. Anzeige in vorliegender Nr., sei hiermit hingewiesen.

**Ankauf Baark**  
Gold - Silber  
Platin - Ganze  
Gebisse - Einzelne  
Zähne - Putzeln  
Gegenstände  
und Bruch aller Art  
nicht mehr  
Wiesla, Carolaftr. 10 part. Wismarstr. 65.  
Ist Sie etwas verkaufen, lassen Sie es sich kostenlos  
bei mir abschätzen. - Strengste Diskretion.  
Nach Aufgabe meiner Sprechstundenzeitigkeit in  
Radeberg über **Frauenpraxis** von nun an  
ich meine in meiner  
**Privatfrauenklinik in Dresden-N.**  
Kurfürstenstr. 16  
wochentäglich 12-1 und 3-5 aus.  
Tel. 12577. **Dr. med. Ph. Gallert.**

**Beamtenverein der Vintz-Hofmann-  
Zaunhammer H.-G., Hiesla-Gröba.**  
**Stadtpark Riessa.**  
Sonntag, den 12. August 1923, nachm. 4 Uhr  
**Wohltätigkeits-Konzert**  
der hiesigen Hütten-Kapelle.  
Leitung: M. Meßring, Staatl. Musikdir.  
Der Reinertrag  
wird der „Sächl. Fiedtschule“, Verband Hiesla  
zu wohltätigen Zwecken zur Verfügung gestellt.  
Eintritt: M. 20000,- und Steuer.  
Vorverkauf im Zigarrengesch. **Goldemüller,**  
Wettinerstraße.

**Lichtspiele**  
**Hotel Höpfner, Riessa.**  
Donnerstag, 9. August 1923. Freitag, 10. August 1923.  
Das lebenswerte Großstadiprogramm!  
**Der Roman einer Halbweltldame**  
7 äußerst spannende hervorragende Akte.  
Zwei glänzende Lustspiele, darunter eins: „Er“, Harald Lloyd.  
Kasseneröffnung 7,8 Uhr. Beginn 7,9 Uhr.

Neu eröffnet!  
**Rasch's Bierstuben  
und Speisehaus**  
(Besitzer: Max Rasch)  
**Dresden-Mitt., Frauenstr. Nr. 12**  
erlaubt sich bei einem Besuch  
in Dresden zu empfehlen.  
Bürgerliche Lokalitäten. Vorsügl. Küche.  
Angenehmer Familienaufenthalt.

**Schneider-Jungung Hiesla.**  
Anfertigungsbreis eines Saffo-Anzuges  
M. 4-4', Millionen. Rutaten nach Tagespreisen.  
Die glückliche Geburt eines  
**strammen Mädels**  
zeigen in dankbarer Freude an  
**Lotte und Georg Rassa.**  
Riessa, den 6. 8. 1923.

**Die Zeitungs-Anzeige**  
übertrifft  
an Schnelligkeit alle  
übrigen Reklamearten  
Ich gebe hiermit bekannt,  
daß ich für das, was meine  
Frau Marie Hölisch  
geb. Tieslach  
**kauft und nicht bezahlt**  
nicht auskomme. Gelder  
hat sie nicht zu kassieren.  
Max Hölisch,  
Neu-Weiba.  
Wer borgt ein Geschäftsmann  
10-15 Millionen  
Mark auf 14 Tage bei  
guten Pfänden. Off. unter  
Y D 554 an Tagesbl. Hiesla.

Durchaus ehrliches,  
sünderliebes  
**Mädchen**  
16-18 Jahre, wird für  
15. August od. 1. Sept. für  
Geschäftsbaushilf. gesucht.  
Offerten erb. unt. Y C 558a  
an das Tagesblatt Hiesla.  
Suche für 1. Sept. eine  
zuverlässige, gemante  
**Wirtschafterin**  
die schon in ähnlicher  
Stellung war.  
Fr. Gwidel, Dommasch,  
Leutewitz bei Hiesla.  
Ein fröhlicher  
**Arbeitsbursche**  
15 bis 17 Jahre alt, für  
sofort gesucht.  
Klempnerzweigstr. 87  
**Gehr. Herrenrad**  
zu verkaufen.  
Wintler & Urbanek,  
Fahrradbld. Mehlbeuer.

Man verlange überall  
**Radeberger Bilsnet!**  
Von der Reise zurück:  
**Karl Bauer**  
Misch-Transporteur.  
**Herrenanzüge**  
Gummimäntel  
Käsejackets, Posen  
kaufen Sie noch billig bei  
M. Reichelt, Wierzdorf 7.  
**Freie Bodwaren-**  
**Breite.** Markt  
1 Wb. Brot 85%, 26500  
1 Wb. Brot 70%, 27000  
1 Brotchen 4000  
1 Wb. Zwieback 20000  
Brotzeit f. 1 Wb.  
Wehl zu Brotchen 7000  
**Bäckerinnung**  
**Riessa.**

**Rheinische belgische  
Gaugfohlen**  
leben zum Verkauf.  
Dresden, Teichstr. 249. **H. Ströble.**

Für die überaus zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme beim Dringange unseres  
teuren Entschlafenen, des Oberlehrers i. R.  
**Ottomar Kunibert Benndorf**  
die unsern wunden Herzen wohlgetan hat,  
sagen wir nur hierdurch all den Lieben  
unsers innigsten Dank.  
Riessa, den 8. August 1923.  
Elise Benndorf und Kinder.

**Dienstmädchen**  
nicht unt. 18 Jhr., gesucht.  
Su erst. im Tagesbl. Hiesla.  
**Ehrliches Hausmädchen**  
zuverlässig,  
für Delsnig/Traggb. gesucht.  
Su melden Wismarstr.  
Nr. 42, bei Frickbe.  
Ein tüchtiges  
**Mädchen**  
für Küche und Haus für  
sofort gesucht. Monatl.  
Gehalt 1 Million.  
G. Weibel, Schweizerhaus,  
Dlisch, Dresden, Str. 28.

**Motorräder**  
auch defekt, gegen sof. Kasse  
zu kauf. gel. Filangebote  
an Erich Kuppelst, Ober-  
lik i. Schl. An. u. Ver-  
kauf von Kraftfahrzeugen.  
**2 Bücher**  
(Sachen in gr. Zeit) ver-  
kauft Grotzke's, Siedlung  
Rosa Hofmann 70.

**G. D. A.**  
Freitag,  
d. 10. August,  
abends 8 Uhr  
in der  
Elbterrasse  
Monatsversammlung.  
Zahlreiches Erscheinen er-  
wünscht. Der Vorstand.  
Die heutige Nr. umfasst  
4 Seiten.